Dienstag, 17. April 1923 • 71. Jahrgang Nr. 180

Berliner Volks-Zeitung

Abend-Ausgabe
Einzelnummer 100 M.

Chefredakteur: Otto Rusche, Berlin-Steglitz

Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin

Letzte Kleinhandelspreise der Berliner Zentralmarkthalle

Zufuhr in Fleisch ausreichend, Preise für Rindfleisch nachgebend
Rindfleisch 2600—3000 M., ohne Kn. 3100—4000 M., Kalbfleisch 3000—4000 M., Hammelfleisch 2800—4000 M., Schweinefleisch 3600 bis 4600 M., Rückenfett 3300—4200 M., Rindertalg 2700—3100 M., Schweineschmalz 3300—3600 M., Margarine 2350—3000 M., Butter 7500—9000 M., Kartoffeln 30—40 M. per Pfund, Radieschen 200—300 M. das Bund.

Brot..... 900; markenfrei 1750		Wasser cbm..... 360	
Milch 1 Liter..... 960		20-Mark-Stück..... 85000	
Zucker Pfund..... 1050—1100		Goldzollaufgeld..... 497900	
Briketts Ztr. 6390; Koks 11940		Schlüsselzahl für Bücher. 2500	
Strom: Licht und Kraft.. 1050		Index für Aerzte, Berlin... 2500	
Gas cbm..... 650		für Aerzte im Reich ... 2627	

Strassenbahn 300, Umsteig. 450	Hochb. II. 250, 300. III. 200, 250	Stadtbahn ..... II. 400, III. 200
Omnibus Teil 300, ganze Str. 400	Droschke: Kr. × 3000, Pf. × 2000	Teleph. 22800, Gespr. 30, Aut. 60
Patk. Ort 20, Fern u. Oest. 40 Ausl. 180, Tschechosl. u. Ungarn 140	Brief Ort 40, Fern u. Oest. 100 Ausl. 300, Tschsl. u. Ung. 240	Teleg. 60 d. W., Grundgeb. 160 n. Ausland je nach Währung

Das Pariser Echo der Rosenberg-Rede

Die verständige Haltung des „Matin" — „Zeichen von Nachgeben" — Der „Oeuvre" konstatiert eine Annäherung — Hervé tobt, Tardieu singt sein altes Lied

Paris, 17. April. (Eca.)

Unter den Kommentaren, die die Pariser Presse der Rede des deutschen Außenministers v. Rosenberg widmet, fällt allein derjenige des „Matin" aus dem erwarteten Rahmen heraus. Dieses Blatt ist von den Organen der eigentlichen Regierungskreise das einzige, das die Ausführungen des deutschen Ministers nicht ganz schroff zurückweist und ablehnt. Das Blatt schreibt, der Teil der Rede, in der Rosenberg auf das deutsche Angebot zu sprechen kommt, das Bergmann der Pariser Konferenz überbringen sollte, sei interessant.

Wenn Rosenberg, so heißt es in dem Artikel, heute zum erstenmal eine feste Zahl von offizieller Stelle aus nennt, so geschieht dies offenbar, um zu sondieren.

Als Lord d'Abernon kürzlich auf Anweisung seiner Regierung hin Deutschland dazu anregte, Vorschläge zu machen, erklärte man ihm in der Wilhelmstraße: Wir werden keine Vorschläge machen, aber wir werden Richtlinien aufstellen. Die 30 Milliarden, von denen man nunmehr spreche, seien offenbar eine dieser Richtlinien. Rosenbergs 30 Milliarden seien aber von gewissen Voraussetzungen abhängig, so daß sie als eine tatsächliche Richtlinie nicht angesehen werden können. Aber vielleicht habe Lord d'Abernon geraten, sich nicht allzuweit vorzuwagen. Trotzdem sei hier ein gewisses Nachgeben zu bemerken. Der „Matin" erinnert alsdann an den Beginn der französisch-belgischen Verhandlungen über das gemeinsame Reparationsprogramm und sagt: Wir wollen den Wert dieser Verhandlungen keinesfalls übertreiben, aber man kann feststellen, daß über die Reparationsfrage in Paris ein nützlicher Meinungsaustausch stattgefunden hat, und daß über die Absichten der französischen und belgischen Regierung keinerlei Mißverständnisse mehr möglich sind.

„Le Quotidien" schreibt, offensichtlich wolle der Minister nicht alle Brücken abbrechen. Man müsse auch anerkennen, daß in seiner Rede bemerkenswerterweise die Opfer angegeben werden, die Deutschland bereit sei zu bringen. Zweifellos bedeute das alles noch keine Einigung, aber es sei auch nicht mehr die brutale Weigerung der letzten Zeit.

„L'Oeuvre" schreibt, die Rede Rosenbergs enthalte allerdings kein direktes und offizielles Angebot, das die Alliierten von Deutschland erwarten, aber sie erbringe den Beweis,

daß die beiden Gegner sich in gewissen Punkten immer mehr nähern.

„La Gloire", die in der Frage der deutsch-französischen Beziehungen ständig eine gemäßigte Haltung eingenommen hat, meint, die Erklärungen des deutschen Ministers seien im Grunde sehr gezwungen und mehr der Form als dem Inhalte nach unpersönlich. Im übrigen hätten sie nur eine sehr relative Bedeutung. Deutschland werde ganz plötzlich nachgeben, wenn seine Lage noch schwieriger werde.

In der „Victoire" schreibt Hervé über die Rede: „Die Leute," so ruft er pathetisch, „die vier Jahre nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages noch eine solche Rede halten können, werden, sobald sie die Kraft dazu haben, wieder über uns herfallen. **Kein Mitleid mit ihnen! Keine Schwäche!** Wenn die deutschen Arbeiter sie nicht zur Vernunft bringen können, so dürfen wir unsererseits nicht zögern, sie kleinzukriegen. Nur dann kann Europa Frieden bekommen."

Der „Figaro" spricht von „Entgleisungen" in der Rede Rosenbergs. Die „République Française" nennt die Rede des Ministers eine Rede voller Schikanen und Herausforderungen, die das Problem nicht fördert, sondern im Gegenteil die Alldeutschen ermutigt. Im „Echo National" schreibt Tardieu, daß beide Gegner in ihren Stellungen verharren, und daß man nicht voraussagen könne, wann der Streit enden wird. Das Blatt wiederholt seine alte Weisheit, daß, wenn der Druck auf das Ruhrgebiet energischer gewesen wäre, die Dinge anders lägen und Deutschland weniger anmaßend wäre.

Keine Befriedigung in London

London, 17. April. (W. T. B.)

Die Blätter, deren Interesse heute hauptsächlich dem gestern von dem Schatzkanzler eingebrachten Budget zugewandt ist, nehmen, von der „Morning Post" abgesehen, nicht in Leitartikeln zu der gestrigen Rede des deutschen Außenministers Stellung. Der Berliner Berichterstatter der „Times", der seinem Blatte einen sehr ausführlichen Bericht über die Rede v. Rosenbergs gesandt hat, den „Times" unter der Ueberschrift: „Das deutsche Angebot" veröffentlichen, schreibt,

es sei kaum wahrscheinlich, daß die Forderung nach einem neuen Angebot durch die Rede Rosenbergs befriedigt sein werde.

Wenn die Rede des deutschen Außenministers als Gegenstück zu der Rede Poincarés dienen sollte, so hätte sie niemals gehalten zu werden brauchen. Sie hätte jederzeit seit Weihnachten gehalten werden können, denn sie bringe die Lage nicht um einen Zoll weiter, als sie damals stand. Die Rede enthalte kein Anzeichen einer positiven Politik oder auch nur eines Fortschritts in Richtung auf eine solche Politik. Sie sei ein Lied glatter Verneinung.

Das Arbeiterblatt „Daily Herald" veröffentlicht eine Zusammenfassung der Rede unter der Ueberschrift: „Deutschland macht kein neues Angebot". Der Berliner Berichterstatter des Blattes schreibt, bezüglich positiver Vorschläge für die Zukunft sei Rosenbergs Rede dunkel gehalten.

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph" führt aus, Rosenbergs „Angebot" sei eine Erneuerung des Bergmann im Januar mitgegebenen von 30 Milliarden Goldmark. Es sei jedoch von dem deutschen Außenminister zu verstehen gegeben worden, daß, wenn die Alliierten den Vorschlag des Staatssekretärs Hughes für die Festsetzung des Entschädigung-Gesamtbetrages durch eine internationale Körperschaft von Sachverständigen annehmen, und diese Körperschaft eine höhere Summe als 30 Milliarden festsetzen würde, Deutschland sich dieser Entscheidung fügen werde. Insofern stelle das neue deutsche Angebot einen wesentlichen Fortschritt über frühere Angebote hinaus dar. Es sei jedoch kein genügender Fortschritt, um Frankreich zu besänftigen oder die offizielle Unterstützung anderer alliierter Regierungen zu rechtfertigen.

Es sei sehr schade, daß politische Drahtzieherei in Berlin Reichskanzler Cuno und seine Regierung daran gehindert habe, eine Summe von 40 Milliarden zu unterbreiten, die nicht vollkommen hätte verworfen werden können, jedenfalls nicht als eine mögliche Erörterungsgrundlage.

Dies sei die allgemeine Ansicht in London, und dies sei auch der Rat, der Berlin von London erteilt worden sei, anscheinend jedoch nur mit geringerem Erfolge. Dem Berichterstatter zufolge ist Poincaré dafür, daß die britische Regierung weitere Schritte unternimmt, um stärkeren Druck auf Deutschland auszuüben; aber das Wie? sei sehr schwierig zu sagen. Der französische Botschafter habe gestern im Zusammenhang mit laufenden Geschäften beim Foreign Office vorgesprochen.

Der Pariser Berichterstatter der „Daily Mail" meldet, man sei dort der Ansicht, daß die gestrige Rede Rosenbergs das Reparationsproblem in keiner Weise vorwärts gebracht habe. Die französische Regierung werde von der Rede keinerlei Notiz nehmen.

Der Berliner Berichterstatter der „Westminster Gazette" schreibt, Rosenberg habe es klar gemacht, daß Deutschland bestrebt sei, einen riesigen Betrag zu zahlen. Dem Berichterstatter zufolge hat die Rede einen günstigen Eindruck gemacht.

Der Berliner Berichterstatter der „Daily News" nennt den Ton der Rede des deutschen Außenministers wichtiger als den Inhalt.

Die „Morningpost" äußert in einem Leitartikel, die Rede Poincarés in Dünkirchen und die gestrige Reichstagsrede Rosenbergs brächten keine Hoffnung auf eine baldige Regelung in der Ruhrfrage mit sich.

Eine irrsinnige Fahrtechnik

Die Betriebsunsicherheit auf den militarisierten Strecken Zwei neue Unglücksfälle

Frankfurt a. M., 17. April. (W. T. B.)

Gestern überfuhr der französische Frühpersonenzug Wiesbaden—Höchst beim Posten 24 ein Einspännerfuhrwerk aus Hochheim. Der Fuhrmann ist lebensgefährlich verletzt, das Pferd getötet und der Wagen zertrümmert. Der Fuhrmann Feld wurde von der Lokomotive etwa 150 Meter weit geschleift und dann von deutschen Zivilpersonen geborgen. Der Zug setzte nach Beseitigung der Wagentrümmer die Fahrt fort. Die Franzosen kümmerten sich nicht um den Verletzten, verlangten im Gegenteil von den anwesenden Deutschen die Beseitigung der Trümmer, was aber abgelehnt wurde.

Recklinghausen, 17. April. (W. T. B.)

An der Eisenbahnstrecke der Schachtanlage General Blumenthal III und IV, wo die Franzosen mit Kippwagen den Koks auf das Hauptgleis des Bahnhofs Recklinghausen befördern, wurde die Ehefrau Spangenberg aus Erkerschwik von einem dieser Kippwagen überfahren. Sie zog sich dabei so schwere Verletzungen zu, daß sie ins Krankenhaus gebracht werden mußte. An ihrem Aufkommen wird gezweifelt.

Le Trocquer und de Lasteyrie in Düsseldorf

Reden über Kohlenbeute und Kohlensteuer

Paris, 17. April. (E. E.)

Le Trocquer hielt gestern in Düsseldorf vor Vertretern der auswärtigen Presse eine Rede, in der er u. a. die Erfolge des französischen Kohlenraubes schilderte. Im März, sagte er, habe die Tagesbeute etwa 3500 Tonnen betragen, Anfang April bereits 7600 Tonnen, heute schon etwa 8000 und in einigen Tagen 10 000. Man nähere sich also immer mehr den Mengen, die von Deutschland vor der Ruhrbesetzung geliefert wurden. Große Kohlenvorräte seien bereits gebildet worden, und die französischen Ingenieure hätten weitere Kohlenhalden „entdeckt", von denen Kohle abgeholt werden könne. Le Trocquer rühmte die Tätigkeit der Ingenieure, die sich als Meister erwiesen hätten. Ihre Tätigkeit hätten sie dank dem Schutze der Truppen ausführen können. Le Trocquer rühmte auch den General Degoutte.

*

Bei einem Abendessen im Offiziersclub in Düsseldorf erklärte Finanzminister de Lasteyrie, er habe den Vormittag damit verbracht, um Maßnahmen zu treffen, die zur Hereinbringung der Kohlensteuer notwendig seien. Auch das Studium der Ausfuhrerlaubnis sei vorgenommen worden. Am Nachmittag habe er im südlichen Teile des Ruhrgebietes die französischen Zollposten besucht. Er sprach sich lobend über die Tätigkeit der Zollbeamten aus. Man habe bereits bedeutsame Einnahmen erzielt, und deren Höhe werde sich in nächster Zeit noch befriedigender gestalten.

Schnelldienst

Le Trocquer und de Lasteyrie haben in Düsseldorf Ansprachen gehalten.

Auch in Rom wird jetzt die Falschmeldung über einen Berliner Aufenthalt des Senators Contarini dementiert.

Am 30. April wird in Washington der englisch-amerikanische Vertrag wegen Rückzahlung der englischen Schulden unterzeichnet werden.

In Düsseldorf raubten die Franzosen 2½ Millionen Mark Arbeitslosenunterstützungsgelder.

In Lille ist in der Textilindustrie der Generalstreik beschlossen worden.

In Irland ist die ganze Grafschaft Tipperary von Regierungstruppen umzingelt, die das Gebirge durchstreifen, um de Valera zu fangen.

Frankreich erhob in Washington offiziellen Protest gegen das Chester-Abkommen zwischen Amerika und der Türkei.

Der Beamtenausschuß des Reichstags setzte heute die zweite Lesung des Entwurfs eines Beamtenvertretungsgesetzes fort.

Im Haushaltsausschuß des Reichstags begann heute die Beratung des Haushalts des Arbeitsministeriums.

Dollar: 21210

Das Berliner Echo

Die Presse zur Rede Rosenbergs

Es ist seltsam, daß die Rede des Außenministers Dr. v. Rosenberg im Inlande ebenso begeisterte Zustimmung findet, wie sie im Auslande anscheinend enttäuscht. In England hatte man ein konkretes Angebot von 40 Milliarden erwartet, und man erfährt jetzt, aus dem „Daily Telegraph", daß England einen dahingehenden Ratschlag nach Berlin hat gelangen lassen. Aber die englischen Stimmen stützen sich offenbar, genau so wie die ersten französischen Aeußerungen auf unvollständige Berichte über die Rede des Außenministers. Herr v. Rosenberg hat da sdeutsche Januarangebot nicht preisgegeben, sondern es als Ausgangspunkt bezeichnet für neue Verhandlungen, und es soll der neutrale Sachverständigenausschuß, den Deutschland in Uebereinstimmung mit dem amerikanischen Staatssekretär Hughes fordert, prüfen, ob das deutsche Angebot von 30 Milliarden noch der deutschen Leistungsfähigkeit entspricht. Im „Berliner Tageblatt" sieht Erich Dombrowski in Rosenbergs Rede ein neues Programm. Er sagt:

Jeder, der hören und sehen will, sieht hier ein klar umrissenes, wenn auch elastisches Verhandlungsprogramm Deutschlands. Die Gegenseite hat bisher nur mit den Waffen gelärmt und unsagbares Elend über eine friedlich schaffende Industriebevölkerung gebracht, hat in der Presse den Kampf der Bajonette wider die passive Abwehr an der Ruhr mit einem wilden Indianergeheul begleitet, kurz, immer nur eine negative, eine zerstörende „Wiederaufbau"politik getrieben. Nun liegen aus Deutschland positive Anregungen vor, die eine greifbare Verhandlungsgrundlage schaffen können, und die, unseres Erachtens, in der eigentlichen Reparationsfrage nicht gar so weit entfernt sind von den Vorschlägen Loucheurs und Bonar Law. Denn bei der definitiven Festsetzung der Reparationssumme kommt nicht bloß die Ziffer an sich in Betracht, sondern auch die Zeitspanne, in der sie getilgt werden muß, das heißt: auf die Zinsen und die Zinseszinsen. Aber es ist, abgesehen von allen imperialistischen Nebenabsichten Frankreichs, möglich, daß die Pariser Politiker nicht eher nachgeben werden, bis nicht auch England und Amerika, direkt oder indirekt, ihnen ihre Kriegsschulden erlassen haben. Trifft diese Annahme zu, — und das scheint der Fall zu sein —, so wird das Problem noch viel komplizierter und geht weit über den deutsch-französischen Konflikt hinaus. Um so notwendiger ist dann die Behandlung der Reparationsfrage vor dem Forum einer internationalen Sachverständigenkommission. Wie lange soll die Welt aber des erlösenden Wortes harren? „Schon streckt", um mit den Worten Miltons im „Verlorenen Paradies" zu reden, „der Tod die Nase vor, um durch die Unendlichkeit des Chaos hindurch die auf der Erde eingetretene Veränderung zu wittern, wie ein Rabe, der die Leichen riecht."

Umgekehrt vermißt der „Vorwärts" einen klaren Entschluß und unterstützt Hermann Müllers Rede mit folgenden Argumenten:

„Man verlangt immer, mit Recht, Gleichberechtigung für Deutschland bei den Verhandlungen. Wirkliche Gleichberechtigung ist nur dort, wo beide Teile gleichmäßig an einem raschen Abschluß interessiert sind, sie hört auf, wo der eine noch warten kann, der andere nicht. Nicht, weil wir nicht mehr warten können, sondern weil wir noch warten können, darum sind wir für Verhandlungen.

Würden wir warten, bis wir nicht mehr warten können, dann würden die Verhandlungen mit der Kapitulation enden, die, wie Genosse Müller mit unerbittlicher Klarheit aussprach, den Reichszerfall bedeuten würde. Den wollen wir nicht, wir wollen nicht die Kapitulation, und darum sind wir für Verhandlungen, für Verhandlungen zwischen Aufrechten.

Das heißt nicht den Teufel an die Wand malen. Deutschland kann gewiß, wenn es sein muß, noch lange aushalten. Aber es ist doch ein offenbarer Widerspruch, wenn man auf der einen Seite meint, man könne die deutsche Leistungsfähigkeit gar nicht mehr abschätzen, weil die wirtschaftlichen Schäden, die uns der Ruhrkrieg zufügt, so unermeßlich groß sind, und wenn man andererseits so tut, als wäre die deutsche Leistungsfähigkeit im Widerstand, trotz dieser Schäden, unendlich. In diesem Widerspruch kann die deutsche Politik nicht verharren, und darum wird sie über kurz oder lang — hoffentlich über kurz — den Weg gehen, den ihr der sozialdemokratische Redner in seiner wohlüberlegten, leidenschaftslosen, aber von ernster Liebe und Sorge um das Volk getragenen Rede gewiesen hat.

Herr v. Rosenberg hielt gestern seine Jungfernrede. Das Aeußerliche ist nebensächlich. Für diplomatische Fähigkeiten sind rhetorische Leistungen nicht entscheidend, die seine war Mittelgut. Von uns aus hätte der Minister auf alles Pathos verzichten können, wenn er einen klaren Entschluß verkündet hätte. Auf diesen Platz gehört ein Mann, der den Mut hat, eine schwierige Sache fest anzupacken, die Probe ist er uns vorläufig schuldig geblieben."

Die Rechtspresse klammert sich an einzelne rhetorische Wendungen des Außenministers, die sie in ihrem Sinn aus- und mißdeutet. Die rednerischen Qualitäten des Außenministers werden allgemein anerkannt. Aber gerade in Deutschland begeht man den Fehler, einen jungen gewandten Redner für einen Politiker zu halten. Bei aller Anerkennung der rhetorischen Fähigkeiten Rosenberg muß man in der Tat noch abwarten, ob er sich als Politiker erweisen wird.

Der Zopf von Grimma

oder: „Der lästige Ausländer"

Daß der Mensch dem andern ein Bruder ist, das ist eine Utopie; von ihr sei, wenn von politischen Dingen die Rede ist, lieber geschwiegen.

Aber, daß der Paß, der Stempel, das Papier, der Bureaukratismus, der dünkelhafte Aktuar nicht nur über das Menschliche, sondern sogar über das Vernünftig-Zweckmäßige obsiegt, dies ist eine Tatsache, die an einem kleinen charakteristischen Beispiel betrachtet werden soll.

In Bayern fing es an. Dort haben einige Selbstherrscher der Polizeistube Hitlerscher Observanz den Ausweisungsapparat in Bewegung gesetzt. Harmlose Kaufleute, die jahrzehntelang in München ansässig waren, aber seinerzeit durch den Umschwung der Verhältnisse einen tschechoslowakischen Paß in die Hand gedrückt bekamen, sind über Nacht mit Frau und Kind und Gut an die Grenze abgeschoben worden, wie lästiges Gesindel. Und die Münchener Polizeistubenpolitiker glaubten, wer weiß was vollbracht zu haben, wenn ein paar Wohnungen in München frei wurden. Als aber die tschechoslowakische Regierung zu Repressalien griff und aus Olmütz, Preßburg, Pilsen Reichsdeutsche auswies, erhob sich ein groß Geschrei. Nun müssen die beiden Regierungen den Schaden, den der pure Unfug angerichtet hat, in mühseligem Notenwechsel wieder gutmachen und Stück um Stück die Ausgewiesenen austauschen.

In Sachsen ist uns ein grotesker Fall von Ausweisung eines Auslandsdeutschen bekannt geworden, der an Sinnlosigkeit eigentlich mehr in das Gebiet des Humoristischen als des Politischen gehört. Ein Deutschbalte, der seit 25 Jahren in Leipzig lebt und im In- und Auslande durch seine unzähligen Konzerte bekannt ist, ein hochgeschätzter Pianist, ein Mann, der einige 100 deutsche Lieder vertont hat und als Mitbegründer des Wolzogenschen Ueberbrettls sich einer, wenn auch etwas verschollenen Berühmtheit erfreut, Woldemar Sachs, hat von der Amtshauptmannschaft in Grimma die Weisung erhalten, als „lästiger Ausländer" binnen acht Tagen seine Wohnung in Naunhof bei Leipzig (Stube, Kammer, Küche) zu räumen.

Eine solche Amtshandlung könnte man als einen Streich des Sankt Bureaukratius in der Humoreske abtun, wenn sie nicht auch ihre tragischen Seiten hätte. Tragisch erstens, weil solch ein gefiegeltes Papier ein ohnehin schwer bedrängtes armes Menschenleben, das unterstützt, aber nicht verfolgt zu werden verdient, in neue Bedrängnis und Sorgen stürzt. Mit einer unheilbar kranken und lebenslänglich ans Bett gefesselten Frau, völlig mittellos, verläßt man nicht gern selbst die dürftigste Heimat, in der man ein Vierteljahrhundert verdienstvoll gelebt hat und alt geworden ist. Zum andern aber: Wie, wenn nun die litauische Regierung Gegenmaßnahmen ergriffe und sich ergrimmte wie Grimma? Auch in Riga und Dorpat lebeß Reichsdeutsche, und zwar mehr als Deutschbalten in der Amtshauptmannschaft Grimma.

Ist es übrigens der Amtshauptmannschaft in Grimma bekannt, daß die Deutschbalten mit zu den geistig wertvollsten Gliedern des Auslanddeutschtums gehören? Wir nennen nur, wie sie uns gerade einfallen: den Wirklichen Geheimen Rat Harnack, den Philosophen Keyserling, den Politiker Dr. Paul Rohrbach, die in Leipzig lebenden Geheimräte Professor Strümpell, Professor Stieda und den Kulturhistoriker Dr. Tornius.

Wir wollen doch sehen, wer stärker ist: die Menschlichkeit oder der Ausweisungsbüttel, die Vernunft oder der Zopf von Grimma!

H. E.

Die abgeblitzten bayerischen „Patrioten"

Haftbefehl gegen die Verleumder?

München, 17. April. (W. T. B.)

Wie die „Korrespondenz Hoffmann" erfährt, hatte Ministerpräsident v. Knilling in Anbetracht der großen Tragweite der Forderungen der bayerischen „vaterländischen Verbände" im Ministerrat eine Stellungnahme der Gesamtregierung herbeigeführt. Daraufhin wurde heute vormittag einer Abordnung der Arbeitsgemeinschaft dieser Verbände der einmütige Standpunkt der Staatsregierung eröffnet dahingehend, daß die bayerische Regierung nach Gesetz und Vertrag den Vollzug der Haftbefehle nicht ablehnen könne.

Die Verhaftung Labourels

Paris, 17. April. (E. E.)

Der Abgeordnete de Moro-Giafferi reichte heute eine Interpellation ein, die lautet: Infolge der verschiedenen Zwischenfälle habe ich die Ehre, Ihnen mitzuteilen, daß ich Sie nach Wiedereröffnung der Kammer über die von der Regierung ergriffenen Maßnahmen interpellieren werde, wie man den französischen Journalisten in Deutschland dieselben Garantien sichern wolle, die es den deutschen Journalisten in Frankreich gestatten, in voller Unabhängigkeit ihren Beruf auszuüben.

Das Komitee der Republikanischen Pressevereinigung für die französischen Departements nahm gestern einstimmig folgenden Beschluß an: Die Regierung wird gebeten, von der deutschen Regierung die sofortige Freilassung des Journalisten Labourel zu fordern, der zum zweiten Male verhaftet wurde, während er seine Pflicht als Informator erfüllte.

Demission der österreichischen Bundesregierung. Aus Wien wird gemeldet: Mit Rücksicht auf die aus Ersparungsgründen beschlossene Auflassung mehrerer Ministerien gab die Bundesregierung ihre Demission, welcher demnach nur formale Bedeutung zukommt. Der Bundespräsident betraute den Bundeskanzler, den Vizekanzler sowie die übrigen Minister, soweit nicht die von den letzteren bisher geleiteten Bundesministerien gemäß der erwähnten Ersparungsmaßnahme als selbständige Ministerien zu bestehen aufgehört haben, mit der vorläufigen Fortführung ihrer Aemter. Bereits in der nächsten Sitzung des Nationalrates soll jedoch die Neuwahl des Ministeriums vorgenommen werden.

Mordprozeß in Warschau. In Warschau begann gestern die Verhandlung gegen den ehemaligen Archimandriten Smaragd Lodyszenko, der am 8. Februar dieses Jahres den Metropoliten der autokephalen orthodoxen Kirche in Polen durch drei Revolverschüsse ermordet hatte.

Die Millionen unter den Dachsparren

Der bestohlene Defraudant — Vier Einbrecher auf frischer Tat verhaftet

Ein Mechaniker Ernst Grunwald, der bei einer hiesigen größeren Firma beschäftigt war, erhielt von ihr den Auftrag, für einige Millionen einzukaufen und mit einem Scheck zu bezahlen. Statt dessen erhob er auf den Scheck das Geld für sich, gab einen Teil des Geldes seiner Wirtin in Verwahrung und begab sich mit seinem Freunde, einem Kaufmann Karl Fuß, auf eine ausgedehnte Bierreise.

Seinem Freunde erzählte er zunächst, daß er für ein verkauftes Patent eine bedeutende Summe erhalten habe. Zu den beiden gesellte sich noch ein gewisser Karl Naß. Grunwald betrank sich so schwer, daß seine beiden Begleiter ihn nach Hause bringen mußten. Hier steckte er seine Barschaft unter das Kopfkissen und schlief bald ein. Jetzt kamen Naß und Fuß auf den Gedanken, ihm alles, was er erbeutet hatte, abzunehmen. Mit einem gewissen Neumann begaben sie sich als Kriminalbeamte in die Wohnung des Schwerbetrunkenen, beschuldigten ihn der Unterschlagung, „beschlagnahmten" das Geld, das unter dem Kopfkissen lag, und auch das, was die Wirtin in Verwahrung hatte, teilten alles unter sich und versteckten es auf den Böden der Häuser, in denen sie wohnten, unter den Dachsparren. Von vier Millionen, die Grunwald unterschlagen hatte, wurden in den Verstecken 3½ Millionen von den Kriminalbeamten der Dienststelle A I wiedergefunden. Eine halbe Million war bereits durchgebracht. Die ganze Gesellschaft wurde festgenommen.

*

In der vergangenen Nacht wurden vier Einbrecher, die in der Zigarrenhandlung von Bölke in Flottwellstraße 16 einen unerbetenen Besuch machten, auf frischer Tat erwischt. Zwei Beamte der Schutzpolizei, die sich auf einer Streife befanden, sahen in dem Laden ein Licht aufblitzen und fanden ihren Verdacht, daß es von Einbrechern herrühre, bestätigt. Sie sperrten den Ausgang, drangen ein, fanden 5 Mann beim Verpacken von Ware und nahmen sie fest. Auf dem Wege zur Wache gelang es einem, in dem Augenblick, als die Straßenlaternen erloschen, in der Dunkelheit zu entwischen. Er entkam, obwohl die Beamten unter wiederholtem Anruf mehrere Schüsse hinter ihm abgaben. Die Verhafteten wurden festgestellt als ein 22 Jahre alter wohnungs- und beschäftigungsloser Arbeiter Richard Heppner, ein 23jähriger Karl Deutscher, ein 21 Jahre alter arbeitsloser Hans Grohmann, ebenfalls ohne Wohnung, und ein 26 Jahre alter Arbeiter Paul Voß aus der Körnerstraße. Nach den Feststellungen muß die Bande einen Posten zurückgekommen sein. Jetzt hatte sie wieder für einige Millionen zusammengepackt.

Meine „Fackel des Nero"

Auch eine kulturgeschichtliche Betrachtung

Die römischen Kaiser hatten schon ihre Marotten. Und verfressen waren eigentlich auch sämtliche Kaiser der Weltgeschichte, die man auswendig lernen mußte. Nur daß auch hier die ollen Römer an der Spitze marschierten. Ich brauche da nur an das gastronomische Scheusal zu erinnern, das seine Murränen im Teich mit geschlachteten Sklaven fütterte, weil er behauptete, diese Fische bekämen dadurch wohlschmeckenderes Fleisch. Vollends dem Faß schlug der Imperator Nero den Boden aus. Das war ein Kaiser, der nur pathologisch zu bewerten ist. Er zündete seine Hauptstadt an, um sich an dem Flammenmeer zu weiden, und anschließend wälzte er den Verdacht der Brandstiftung auf die römischen Christen und Juden. Diese Unglücklichen wurden mit Teer begossen und angebrannt. Es waren die lebenden Fackeln des Nero.

Ich erzähle damit nichts Neues. Und Altes soll man nicht aufwärmen, sonst geht's einem wie den Herren Martiniz und Slawata, die wegen der alten Witze, die sie aufwärmten, aus dem Fenster des Hradschin in Prag hinausgeworfen wurden, was den Dreißigjährigen Krieg zur Folge gehabt hat. Aber ich mußte so weit ausholen, um zu erklären, warum mein Freund Bruno Müller zu mir gesagt hat, ich hätte ja die reine Fackel des Nero. Im Vertrauen gesagt, mein Feuerzeug hatte einen guten Moment. Es ist nicht immer so. Aber als Bruno dazukam, zeigte es, was es zu leisten imstande ist. Es brannte auf Anhieb lichterloh. Für gewöhnlich hat es genau dieselben Eigenarten und Launen wie jedes andere Feuerzeug und ist durchaus nicht als Fackel anzusprechen. Es geht einem Feuerzeug wie einem lieben Mitmenschen, dem man auf die Füße guckt: etwas ist da immer nicht in Ordnung, entweder die Füße selbst oder die Stiefel oder die Strümpfe oder unten die Beinkleider. Wenn man meinem Feuerzeug auf den Zahn fühlt, hapert es entweder am Lebensdocht oder am Stein oder am Benzin. In den meisten Fällen an allen dreien. Selten, daß alle drei zugleich funktionieren. Es soll schon Leute gegeben haben, die sich zu der kühnen Behauptung aufschwangen, ein Feuerzeug funktioniere noch schlechter als das Telephon. Diese Leute tun den Feuerzeugen unrecht.

Aber ich habe neulich Streichhölzer für schweres Geld erstanden, die für jedes Feuerzeug eine Ehrenrettung erster Klasse darstellten. Wenn der Kaiser Nero nichts als derartige Streichhölzer gehabt hätte, stände das älteste Rom heute noch und kein Christ entschieden für das Feuerzeug ein, daß es immerhin noch einen gewissen Metallwert hat; wer abgebrannt ist, kann es — beinahe hätte ich gesagt „verfilbern". Andererseits lassen sich mit den gleichfalls ihren eigentlichen Beruf verfehlt habenden Streichhölzern unterschiedliche amüsante Gesellschaftsspiele aufführen. Das beste ist überhaupt, man deckt sich mit beiden ein. Hat man Glück, so funktioniert dann wenigstens eins von beiden und man kann das Streichholz mit der Fackel des Nero oder die Nerosfackel mit dem Streichholz anzünden. Lacht einem das Glück nicht, so spart man seine Zigarre, legt sich im Dunkeln zu Bette und steht bei der anbrechenden Morgenröte durch wohltätigen Schlummer erquickt und erfrischt auf.

Viktor.

Neue Einkommensgrenzen für die städtische Volksspeisung. Der Magistrat will mit Rücksicht auf die jetzige wirtschaftliche Lage die Einkommensgrenze für die Teilnehmer an der städtischen Volksspeisung erhöhen und hat folgende Richtlinien aufgestellt. Die unentgeltliche Abgabe des Essens der Volksspeisung erfolgt nach Prüfung, wenn das Einkommen der einzelnen Personen 15 000 Mark monatlich nicht übersteigt. Die Grenze erhöht sich für die Ehefrau und für jedes Kind unter 15 Jahren um weitere 2000 Mark. Das Essen wird für die Hälfte des jeweiligen Preises an Minderbemittelte abgegeben, wenn deren Einkommen 30 000 Mark monatlich nicht übersteigt, zuzüglich 2000 Mark für die Ehefrau und für jedes Kind unter 15 Jahren. Der Stadtverordnetenversammlung ist eine entsprechende Vorlage zur Kenntnis zugegangen.

Die Schulgelder an den Fach- und Fortbildungsschulen will der Berliner Magistrat vom 1. April ab neu regeln. Sie sollen durchweg freibleibend festgesetzt werden, so daß die Verwaltung berechtigt ist, im Laufe des Schulhalbjahres die Schulgelder zu erhöhen, und zwar auch rückwirkend vom Beginn des Schulhalbjahres ab. Für die von ihm unterstützten gewerblichen Fachschulen fordert der Staat, daß das Schulgeld nicht niedriger bemessen wird als an den gleichartigen, staatlichen Anstalten. Auch für die nicht staatlich unterstützten gewerblichen Tagesanstalten will der Magistrat die staatlichen Sätze mit gleitender Skala anwenden. Für die übrigen Tagesschulen und geschlossenen Kurse soll das Schulgeld an die Sätze der Gymnasien angelehnt werden, für die sonstigen Lehrgänge soll ihm das Einkommen eines ledigen Handwerkers von 18 bis 21 Jahren nach städtischem Tarif zugrunde gelegt werden. Auswärtige Schüler zahlen 50 Prozent mehr als die Berliner Ausländer das Zehnfache, mindestens aber die durchschnittlichen Selbstkosten.

In der ersten Universitäts-, Hals-, Nasen- und Ohrenklinik, Berlin, Luisenstraße 11, Eingang 3, beginnen für Stimm- und Sprachkranke, Ertaubte und stark Schwerhörige neue Uebungen und Lehrkurse. Meldungen auch von geschädigten Kriegsteilnehmern bei Professor Dr. Flatau wochentags außer Mittwochs und Sonnabends von 12 bis 1 Uhr.

Zwei Millionen Mark für die Soziale Frauenschule. Die Soziale Frauenschule in der Barbarossastraße 65 zu Schöneberg, die älteste Schule ihrer Art in Deutschland, befindet sich in schwerer wirtschaftlicher Not. Schon zu Beginn dieses Jahres hatte sich der Berliner Magistrat bereit erklärt, der Schule eine Beihilfe von 500 000 Mark zu gewähren und später die Hälfte ihres Fehlbetrages zu übernehmen. Der für die weitere Beratung der Frage eingesetzte Stadtverordnetenausschuß empfiehlt, der Sozialen Frauenschule eine Unterstützung von vorläufig zwei Millionen Mark zu bewilligen. Der Magistrat wird ferner ersucht, noch vor Verabschiedung des Haushaltsplanes für 1923 wegen der weiteren Ausgestaltung der Sozialen Frauenschule eine Vorlage zu unterbreiten. Auch über die Anträge der evangelischen und katholischen Frauenschulen auf Befeitigung ihrer Fehlbeträge für 1922 soll der Stadtverordnetenversammlung gleichfalls eine Vorlage gemacht werden.

Die Wäschediebstähle in Buch

10 Angeklagte vor der Strafkammer

Vor der 9. Strafkammer des Landgerichts III begann heute früh der Prozeß wegen der großen Wäschediebstählungen und Diebstähle in der städtischen Irrenanstalt Buch. Am 23. Mai 1921 meldete der Hausvater Max Schultz seiner vorgesetzten Behörde, daß in der vorausgegangenen Nacht in das seiner Verwaltung unterstehende Magazin eingebrochen sei und daß große Mengen Bettlaken und Bezüge, Handtücher, Unterwäsche und auch Bekleidungsstücke gestohlen worden seien. Man schöpfte gegen den Hausvater Verdacht. Die Tat wurde ihm auf den Kopf zugesagt und eine Haussuchung abgehalten. In der Wohnung wurde dann auch ein Teil der gestohlenen Gegenstände in Körben gefunden, außerdem waren in den Wäschespinden zahlreiche Gegenstände vorhanden, die aus der Anstalt stammten und aus früheren Diebstählen herrührten mußten. Unter der Wucht dieser Tatsachen legte Schultz ein Geständnis ab, daß er den Einbruch vorgetäuscht habe. Er gab zu, seit 1916 nach und nach Wäschestücke in seine Wohnung mitgenommen zu haben, und er hätte zuletzt einen größeren Posten Wäsche entwendet. Ein von der Stadt Berlin eingerichteter Ueberwachungsdienst faßte einige Zeit darauf auch nach den Landwirt Rubow ab, als dieser einen schweren Koffer aus der Anstalt herausschaffen wollte, der gleichfalls Wäsche enthielt, die von dem Hausvater August Rubow stammte.

Auf Grund dieser Ermittlungen und des Geständnisses von Schultz sowie der Pförtnersfrau Alwine Ameling wurde dann festgestellt, daß eine Reihe von Personen mit Wäschestücken aus der Anstalt versorgt worden war. Die Folge der Ermittlungen war, daß gegen folgende 13 Personen Anklage erhoben wurde: den Hausvater Max Schultz, dessen Ehefrau Katharina Schultz, den Hausvater August Rubow, dessen Ehefrau Emma Rubow, den Landwirt Erwin Rubow, die Ehefrau Alwine Ameling, die Pförtner Franz Ameling, die Witwe Elisabeth Schnall, die Witwe Sophie Rosenfeld, die Standinhaberin Mathilde Krause, den Oberpfleger Hans Wilitzki und den Arbeiter Ernst Schultz. Das Schöffengericht Berlin-Mitte hatte die sämtlichen Angeklagten schuldig befunden. Der Hauptangeklagte Max Schultz wurde wegen Unterschlagung im Amte zu zwei Jahren Gefängnis und Ehrverlust, seine Ehefrau und der Hausvater August Rubow wegen fortgesetzter Hehlerei zu 1½ und einem Jahr Gefängnis und Ehrverlust verurteilt. Die übrigen Angeklagten wurden teils wegen Hehlerei, teils wegen Begünstigung zu Gefängnisstrafen von neun bis zu drei Monaten bezw. zu Geldstrafen verurteilt. Gegen dieses Urteil war Berufung eingelegt worden, so daß der Fall nochmals der Nachprüfung durch die Strafkammer unterliegt. Die Angeklagten Max Schultz und Frau Ameling haben ihr früheres Geständnis widerrufen. Drei Angeklagte, Mathilde Krause, Ernst Schultz und Elisabeth Schnall haben das Urteil rechtskräftig werden lassen, so daß sich heute nur die übrigen zehn Angeklagten zu verantworten haben.

Der Hauptangeklagte, der 62jährige Hausvater Max Schultz behauptete in der heutigen Verhandlung, daß er sich auf Einzelheiten nicht mehr besinnen könne und will an Gedächtnisschwäche leiden. Die übrigen Angeklagten bestreiten ebenfalls ihre Schuld.

Ein Polizeiautomobil verunglückt

Vier Beamte schwer verletzt

Ein schweres Automobilunglück ereignete sich in der vergangenen Nacht am Baltenplatz. Ein Ueberfallkommando der Abteilung Friedrichshain wurde nach der Petersburger Straße gerufen, um wegen einer blutigen Schlägerei einzugreifen. Als das Lastautomobil, auf dem sich sechs Beamte befanden, am Baltenplatz anlangte, versagte angeblich die Steuerung, und der Wagen fuhr mit Wucht auf einen Laternenpfahl. Die Erschütterung war so heftig, daß alle Insassen des Autos auf die Straße geschleudert wurden, wobei sie mehr oder weniger schwere Verletzungen erlitten. Die Beamten Schubert, Neuendorf, Habedank und Kropke mußten in das Staatskrankenhaus in der Scharnhorststraße eingeliefert werden, wo sie schwer daniederliegen, eine unmittelbare Lebensgefahr besteht jedoch nicht.

Der Raubmörder Karl Häusler wurde gestern noch bis in den späten Abend hinein von den Kriminalkommissaren Werneburg und Albrecht verhört. Unter der Last des Beweismaterials gibt er alles zu. Er hat bereits ein sehr bewegtes Leben hinter sich. Heute wird er wegen Mordes und Raubes dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

Der Amtsgehilfe im Reichsausgleichsamt, Herr Eduard Woicke, und seine Ehefrau Marie geb. Lasamnick, Magdeburgerstraße 27, begehen im Alter von 74 und 75 Jahren am 18. April das Fest der goldenen Hochzeit.

Wetteraussicht für morgen in Berlin und Umgegend. Kühl und zunächst überwiegend trübe mit geringen Niederschlägen und ziemlich frischen nördlichen Winden. Später langsam aufklarend.

Allgemeine Wetteraussichten für Deutschland. Im Nordseegebiet größtenteils trocken, im Südosten vielfach stärkere, in den meisten anderen Gegenden schwächere Regen- und Schneefälle.

Berliner Handelszeitung

Morgen früh erscheint ein ergänzter und revidierter Aktienkurszettel

Berliner Börse, 17. April 1923

Effekten fest

Dollar 21200 – 21700

Die Ermattung, die am Montag an der Nachbörse zu verzeichnen war, wurde bereits wieder von einer freundlicheren Stimmung abgelöst. Die Spekulation schritt zu Deckungen und Rückkäufen, als sie sah, dass das Publikum keine weiteren Abgaben vornahm, und zum Teil Kauforders erteilt hatte.

Am Devisenmarkt machte sich wieder starker Begehr bemerkbar. Die Reichsbank gab ab, konnte es aber nicht verhindern, dass sich das Kursniveau etwas erhöhte. Vormittag wurden der Dollar mit 21 150 bis 21 250 genannt.

An der Börse setzten Dollarnoten mit etwa 21 200 ein, stiegen aber bis auf 21 700, um dann auf 21 625 nachzugeben.

Unnotierte Werte gut behauptet.

Diamonds Shares 134 000—130 000—133 500, Dtsch. Kolonialant. 430 000, Adler Kohle 24 000—25 000, A.-G. für Petrol.-Ind. 20 00021 000, Becker Kohle 15 000 bis 16 000, Becker Stahl 17 000—18 000, Benz-Motoren 19 000 bis 20 000, Dtsch. Lastauto 12 000—12 250, Carl Ernst 14 500—15 500, Elitewagen 11 500—12 500, Frister u. Rossmann 180 000—200 000, Grade Motoren 9000—9500, Grade Auto ex Bez., Gummiwaren Elbe 27 500—28 000, Hageda 8000—9000, Hansa Lloyd 10 000—10 500, Heinicke Ladenb. 7000—8000, Hochfrequenz 54 000—55 000, Kabel Rheydt 26 000—27 000, Karstadt 4000—4250, Ker. Elektro-Osmose 6000—7000, Lindcar Auto 4750—4500, Manoli Cigaretten 7000—8000, Meyer Textil 4500—5000, Muldental 5500—6000, Müller Kaffee 10 000—10 500, Nationalfilm 4000—4250, Niwel Cigaretten 10 000—11 000, Oswald-Film 6500—7000, Pinguin Cigaretten 11 250 bis 11 500, Schebera 21 500—20 000, Stock u. Kopp 12 250, Stoewer Motoren 16 750, Terra-Film 9000—9500, Tiag 10 250, Ufa 15 000—17 000, Ver. chem. Zeitz 39 000 bis 40 000—39 000.

Berliner Produktenverkehr

Die amtlich notierten Preise waren an der Berliner Börse per 50 kg ab Station: Weizen, märkischer 51 000 bis 52 000, still, Roggen, märkischer, pomm., schles. 44 000, still, Gerste, Sommergerste, märkische 36 000 bis 37 000, ruhig, Hafer, märkischer 37 500—38 500, pomm. 37 000—37 500, schles. 37 000, etwas fester, Mais loko Berlin 46 000, waggonfrei Hamburg 41 500—41 700, gut behauptet, Weizenmehl per 100 kg frei Berlin 136 000—148 000, feinste Marken über Notiz bezahlt, still, Roggenmehl per 100 kg frei Berlin 120 000—132 000 still, Weizenkleie 22 000—23 000.

Im Kurszettel bedeutet ‡ = 000

Fortlaufend notierte Werte. (Ohne Gewähr.)

[illegible]

Die hinter den Wertpapieren stehenden Zahlen bedeuten die Zinsen bezw. letzten Dividenden. Sind die Zahlen **fett** gedruckt, bedeuten sie vorgeschlagene Dividenden. Dividenden verstehen sich einschl. aller Sonderausschüttungen. Die in der Rubrik „vor." (voriger Kurs) aufgeführten Kurse sind die Notierungen des vorigen Börsentages. Sind sie in *Kursivschrift* gedruckt, so war am Vortage der Kurs gestrichen, sie bedeuten dann den zuletzt notierten Kurs. ‡ = 000.

Bankdisk.		Devisen 17. 4. G.	Brief	16. 4. G.	Brief	Banknoten 17. 4. G.	Brief	16. 4. G.	Brief
12	Deutschl								
4	1 Holld.	827925	832075	824932	829068	831915	836085	824630	828770
5	1 Dänem	398003	399998	397254	399246	3979	3999	396905	398895
4½	1 Schwd	562091	564909	560345	563155	562090	564910	559695	562505
5	1 Norw.	377553	379447	377553	379447			377055	378945
8	1 Finnld	59052	59348	58428	58722			58250	58550
3	1 Schwz.	383838	385762	383538	385462			383235	385165
—	1 Argent	763062	776938	769571	773429				
9	1000est			2966	2982			2940	2960
–	1 Ungar.			469	473			432	436
5	1 Ts.-St	63241	63559	62892	63208			62840	63160
5	1 Span.	326681	328319	322940	324560			321990	323610
4½	1 Amer.	211569	212630	210971	21202	21446½	21553½	212088	213152
5½	1 Belg.	121395	122005	121695	122305			121195	121805
3	1 Engl.	982537	987462	978796	983703			980293	985207
5½	1 Frankr	140896	141604	140647	141353			140645	141355
5½	1 Italien	104338	104862	104937	105463			104735	105265
6½	1 Bulgar	15910	15990	15960	16040			16005	16095
—	1 Rumän							9875	9925
	1 Jugosl	21745	21855	21446	21554			21245	21355
—	1 Japan.	102243	102756	9975	10025				
—	1 RioJan	230422	231578	226432	227568				

Gegen die Berliner Beherbergungssteuer

Die Klagen über die Berliner Beherbergungssteuer mehren sich in der Auslandspresse; dementsprechend vermindert sich ständig der Ausländerbesuch. Der Unterkunftsnot, die noch vor einem Jahre herrschte, ist, infolge der 80prozentigen Steuer auf die Zimmerpreise, eine Hotelnot gefolgt. Die deutschen Großreedereien teilen der Zentralstelle für den Fremdenverkehr Groß-Berlins mit, daß andauernd „Passagen, die für die nach deutschen Häfen gehenden Dampfer gebucht waren, wieder annulliert worden sind". Der eine Grund hierfür, die Erschwerung der Einreise-Paßvermerke, ist durch das Entgegenkommen des Auswärtigen Amtes schnell beseitigt worden. Bleibt nur zu fordern, daß auch die Stadtverwaltung die in hohem Grade verärgernde 80prozentige Beherbergungssteuer beseitigt. Diese Steuer schädigt nicht nur die eigentliche sogenannte Fremdenindustrie, die Hotels, Pensionen usw., sie schädigt in gleichem Maße unser gesamtes Wirtschaftsleben und nicht zuletzt die städtischen Steuereinnahmen selbst. Wenn zum Beispiel allein im abgelaufenen Monat März der Ausländerzuzug nur 13 217 betragen hat, gegen 19 292 im gleichen Monat des vorigen Jahres, so bedeutet ein solcher Verkehrsrückgang um 34 Prozent in deutscher Währung einen Milliardenausfall an Zufluß ausländischer Valuten, an Auslandskäufen, eine schwere Schädigung der Hotels, der Geschäfte, der Theater, Verkehrsmittel, Gasthäuser usw., aber auch eine Schädigung der Einnahme an Beherbergungssteuer. Denn der Ausländerzuzug hätte, bei einem Dollarstand von über 20 000 gegen etwa 200 bis 300 im März des Vorjahres, unter normalen Verhältnissen eher sehr wesentlich steigen müssen. Die Schädigung ist eine doppelte, denn sie kommt nicht nur in der abnehmenden Zahl der Ausländer, sondern auch in der nach dem Gesetz von Nachfrage und Angebot sich vollziehenden Herabsetzung der Zimmerpreise zum Ausdruck. Wenn trotz dieser Herabsetzung die Ausländer Berlin fliehen oder meiden mit der Begründung, daß die Hotels jetzt in London und Paris billiger sind als in Berlin, so erklärt sich das aus der Verteuerung um die 80prozentige, einschließlich der sonstigen Auflage 90prozentige Beherbergungssteuer. Die „Zentralstelle für den Fremdenverkehr Groß-Berlins" hat eindringliche Vorstellungen wegen dieser Steuer an den Magistrat von Berlin gerichtet. Es ist im Interesse des Wirtschaftslebens zu wünschen, daß diese Bemühungen von Erfolg sein mögen.

Keine Herbsteinschulungen mehr. Die städtische Schuldeputation teilt mit: Vom 1. April ab wird im Gebiet der Stadtgemeinde Berlin nur noch einmal eingeschult. Herbsteinschulungen finden nicht mehr statt. Aufgenommen werden diejenigen Kinder, welche jeweils in der Zeit vom 1. April des vorangegangenen Jahres bis zum 31. März des Einschulungsjahres das sechste Lebensjahr vollendet haben. In Ausnahmefällen kann auch auf Antrag die Aufnahme von Kindern erfolgen, welche erst am 30. Juni desselben Jahres das sechste Lebensjahr vollenden, falls Bedenken in gesundheitlicher Hinsicht nicht bestehen. Die Schulpflicht dauert mindestens acht Jahre. Eine Entlassung aus der Schule vor beendeter Schulpflicht ist unstatthaft. Die Schulentlassung findet für die vom 1. April 1923 aufzunehmenden Kinder nur einmal jährlich statt. Entlassen werden am Ende des Schuljahres diejenigen Kinder, welche die Schule acht Jahre hindurch besucht haben, oder acht Jahre vor dem Entlassungszeitpunkt schulpflichtig geworden sind, aber infolge geistiger oder körperlicher Mängel haben zurückgestellt werden müssen, wenn sie mindestens das Ziel der dem fünften Schuljahre entsprechenden Klasse erreicht haben. Ist dies nicht der Fall, so kann die Schulpflicht verlängert werden, jedoch nicht über zwei Jahre hinaus. Für die vor dem 1. April 1923 eingeschulten Kinder verbleibt es bei den bisherigen Vorschriften.

Gegen die erneute Erhöhung der Hundesteuer auf 20000 Mark veranstaltete der „Schutzverein der Hunde- und Tierfreunde", Berlin NW 87, Elberfelder Straße 16, eine Protestversammlung am Mittwoch, 18. April, abends 8 Uhr, im „Wilhelmshof", Berlin SW 11, Anhaltstraße 12. — Zugleich findet ein interessanter Fachvortrag statt. Alle Hundebesitzer sind eingeladen!

Einen ungarischen Arien- und Liederabend veranstaltet am 22. April, im Blüthner-Saal, Lützowstraße, die dramatische Sopran-Konzertsängerin Karola B. Kremer. Am Flügel: Bruno Seidler-Winkler. Karten bei Bothe u. Bock, A. Wertheim und an der Abendkasse.